



# Geschichte der internationalen Beziehungen

Erneuerung und Erweiterung  
einer historischen Disziplin

Herausgegeben von  
Eckart Conze, Ulrich Lappenküper  
und Guido Müller



2004

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:**  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Tausend Meilen nördlich von Oslo. Reklame der Fluggesellschaft SAS  
(Hulton Deutsch Collection, London)

© 2004 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln  
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln  
Tel. (0221) 9 13 90-0, Fax (0221) 9 13 90-11  
[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Peter Kniesche medienDesign, Tönisvorst  
Druck und Bindung: MVR-Druck GmbH, Brühl  
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier  
Printed in Germany

ISBN 3-412-06704-0

# Inhalt

Einführung .....	1
<i>Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller</i>	

## TEIL I – STAAT UND POLITIK IN DER GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Abschied von Staat und Politik?	
Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik .....	15
<i>Eckart Conze</i>	
Primat der Außenpolitik! Die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963 .....	45
<i>Ulrich Lappenküper</i>	

## TEIL II – DIE GLOBALE PERSPEKTIVE

Transnationale Weltgeschichte im Zeichen der Globalisierung .....	65
<i>Wolfram Kaiser</i>	
Eine Welt des (Un-)Rechts: Globalisierung und das Problem der Verrechtlichung internationaler Wirtschaftsbeziehungen vor dem Ersten Weltkrieg .....	93
<i>Niels P. Petersson</i>	

## TEIL III – INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Die politische Ökonomie der internationalen Geschichte .....	113
<i>Hubert Zimmermann</i>	
Die deutschen Liberalen, die Reichsgründung und die Entstehung des internationalen Goldstandards 1870–1873 .....	139
<i>Guido Thiemeyer</i>	

## TEIL IV – KULTURTRANSFER UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Grenzüberschreitungen und Grenzräume: Überlegungen zur Geschichte transnationaler Beziehungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Zeitgeschichte .....	169
<i>Johannes Paulmann</i>	
Emotionale Wahlverwandtschaften: Musik und Politik in den transatlantischen Beziehungen seit 1850 .....	197
<i>Jessica Gienow-Hecht</i>	

## TEIL V – INTERNATIONALE GESELLSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Internationale Gesellschaftsgeschichte und internationale Gesellschaftsbeziehungen aus Sicht der deutschen Geschichtswissenschaft .....	231
<i>Guido Müller</i>	
Migration, Assimilierung, Hybridität. Von individuellen Problemlösungsstrategien zu transnationalen Gesellschaftsbeziehungen .....	259
<i>Marita Krauss</i>	

## TEIL VI – SCHLUSSESSAY

Transnationalität aus der Sicht eines Sozialhistorikers. Ein Essay .....	277
<i>Hartmut Kaelble</i>	
Autorenverzeichnis .....	293

## Einführung

Die deutsche Geschichtswissenschaft ist in Bewegung geraten. In vielen Bereichen werden zum Teil jahrzehntelang gültige Prämissen hinterfragt, Paradigmen verändern sich. Das gilt nicht nur für die viel zitierte „kulturgeschichtliche Herausforderung der Sozialgeschichte“,<sup>1</sup> sondern auch für die Geschichte der internationalen Beziehungen. Diese, verstanden als historische Teildisziplin, ist zum einen nicht unberührt geblieben von den Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft insgesamt. So spielen gesellschaftliche Faktoren und kulturelle Dimensionen heute in der Geschichte der internationalen Beziehungen eine weitaus größere Rolle als noch vor wenigen Jahren.<sup>2</sup> Aber auch räumlich-geographisch haben sich ihr Gegenstandsbereich und ihr Erkenntnisinteresse insbesondere ins Außereuropäische erweitert. Ein kürzlich erschienener Band „Internationale Geschichte“ spiegelt diese Erweiterung wider: eine Erweiterung im Hinblick auf die thematischen Interessen der Teildisziplin, eine Erweite-

---

1 Vgl. dazu Wolfgang HARDTWIG (Hrsg.), *Wege zur Kulturgeschichte*, Göttingen 1997; Thomas MERGEL/Thomas WELSKOPP (Hrsg.), *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997; oder Ute DANIEL, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorie, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a. M. 2001.

2 Zur „kulturgeschichtlichen Herausforderung der Geschichte der internationalen Beziehungen“ vgl. neuerdings die exemplarischen Beiträge in: Jessica GIENOW-HECHT/Frank SCHUMACHER (Hrsg.), *Culture and International History*, New York 2003; s. auch Ursula LEHMKUHL, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, in: GG 27 (2001), S. 394–423. Zu den Entwicklungen und Veränderungen in der Geschichte der internationalen Beziehungen s. allgemein: Friedrich KIEßLING, *Der „Dialog der Taubstummen“ ist vorbei. Neue Ansätze in der Geschichte der internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: HZ 275 (2002), S. 651–680. Stärker auf die Zeitgeschichte bezogen, ja zum Teil geradezu aktualistisch: Michael GEHLER, *Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung*, Bochum 2001.

mit der Internationalisierung und Transnationalisierung der deutschen Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Dabei entwickelt er nicht nur Perspektiven intensiverer Forschungs Kooperation zwischen Sozialhistorikern und Historikern der internationalen Beziehungen, sondern er richtet seinen Blick auch – in gewisser Weise von außen – auf die Entwicklung der Geschichte der internationalen Beziehungen in Deutschland seit etwa 1970. Kaelbles Beitrag ist daher nicht zuletzt auch ein ermutigendes Anzeichen dafür, dass die Dialogunfähigkeit und -unwilligkeit, die das Verhältnis von Sozialhistorikern und Historikern der internationalen Beziehungen in Deutschland lange Zeit kennzeichnete, vorbei ist, dass man nicht mehr nur gegeneinander oder, schlimmer noch, aneinander vorbei redet, sondern miteinander. Diesen Prozess kommunikativer Annäherung zu dokumentieren und voranzutreiben, war auch ein Ziel der Tagung in Königswinter. Die Lektüre dieses Bandes und seiner Aufsätze mag zeigen, ob dieser Anspruch eingelöst werden konnte.

Die Herausgeber haben vielfachen Dank abzustatten. Dieser Dank gilt zunächst den Autorinnen und Autoren des Bandes sowie allen Teilnehmern der Konferenz in Königswinter im Frühjahr 2002. Von den zum Teil kontroversen, immer jedoch konstruktiven Diskussionen in Königswinter haben die einzelnen Beiträge sowie der Band insgesamt sehr profitiert. Zu danken ist auch der Fritz Thyssen Stiftung (Köln), die sowohl die Tagung selbst als auch die Publikation dieses Bandes großzügig unterstützt hat. Ein Dank geht schließlich an Antje Robrecht, Katja Seidel und Jan Ole Wiechmann vom Seminar für Neuere Geschichte der Philipps-Universität Marburg, für ihr Engagement bei der Redaktion und der Druckvorbereitung des Bandes. Die Verantwortung für alle Fehler und Unvollkommenheiten liegt selbstverständlich bei den Herausgebern.

## Abschied von Staat und Politik?

### Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik

Innerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft hatte es Politikgeschichte – ein überaus schillernder, selten genau bestimmter Begriff – seit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre schwer. Politikhistoriker genannt zu werden, am besten noch mit dem Etikett „neorankeanisch“ versehen, war eine Brandmarke, gleichbedeutend mit den Attributen konservativ, traditionell, positivistisch oder ereignisgeschichtlich, entscheidungs- und handlungsfixiert, um nur einige zu nennen. Gesellschaftshistoriker waren demgegenüber – zumindest sahen sie selbst das so – progressiv, emanzipatorisch, aufklärerisch, theoriebewusst, struktur- und prozessorientiert. Man mag dieses Schwarz-Weiß-Bild für Schnee von gestern halten, für oberflächlich politisch oder ganz einfach für unseriös. Doch es hat für rund zwei Jahrzehnte seine Wirkung entfaltet, die vor allem darin bestand, dass das Denken in schlichten Lagerkategorien die interne Dialogfähigkeit der deutschen Geschichtswissenschaft zerstörte und zur Herausbildung und weitgehend unverbundenen Koexistenz zweier historiographischer Kulturen führte. Diese waren zwar im Kern ihres Gegensatzes – Staats- versus Gesellschaftsorientierung – aufeinander bezogen und teilten darüber hinaus auch manch andere Prämisse – nicht zuletzt die Fixierung auf den kleindeutsch-borussischen Nationalstaat beziehungsweise die preußisch-deutsche Nationalgesellschaft. Dennoch hatte man sich kaum etwas zu sagen, wie ein Blick auf die geradezu paradigmatische Debatte der siebziger Jahre über „moderne Politikgeschichte“ zeigt, die noch einmal Mitte der neunziger Jahre kurz aufflackerte anlässlich des Erscheinens von Klaus Hildebrands Buch „Das vergangene Reich“. Hans-Ulrich Wehler unterzog das Werk in „Geschichte und Gesellschaft“ einer vernichtenden Kritik, die freilich auch schon zwei Jahrzehnte früher so hätte formuliert werden können.<sup>1</sup> Auch die Hauptpro-

---

1 Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995; Hans-Ulrich WEHLER, „Moderne“ Politikgeschichte? Oder: Willkommen im Kreis der Neorankeaner vor 1914, in: GG 22 (1996), S. 257–266. Zu der Debatte der 70er Jahre zusammenfassend: Eckart CONZE, „Moderne Poli-

tagonisten der Auseinandersetzung waren noch immer die gleichen, und wenn man heute nach Gründen dafür fragt, warum eine letztlich fruchtlose Debatte, warum ein „Dialog der Taubstummten“ so lange währen und so tief in die deutsche Historikerzunft hineinwirken konnte, wird man das außergewöhnlich lange Wirken jener Historikergeneration anführen müssen, die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf die Lehrstühle der expandierenden Bildungsrepublik berufen worden war und diese rund 30 Jahre – und damit außergewöhnlich lange – besetzte.<sup>2</sup>

Es geht in diesem Aufsatz jedoch nicht um eine erneute Auseinandersetzung mit den Positionen dieser Debatte, die man getrost als abgeschlossen betrachten darf. Sie ist in diesem Sinne nur noch historiographiegeschichtlich von Belang. Freilich ist die Geschichte der Geschichtswissenschaft, der deutschen zumal, wichtig für jeden Versuch, der es unternimmt danach zu fragen, wie man heute die Geschichte der internationalen Politik schreiben kann, welche Rolle Staat und Staatensystem in diesem Kontext spielen, was wir unter Politik, unter internationaler Politik verstehen wollen und in welchen Traditionslinien wir dabei stehen. Daher wird sich dieser Aufsatz zunächst bemühen, aus der Historiographiegeschichte jene Entwicklungsstränge herauszuarbeiten, die für eine Standortbestimmung und die Gewinnung von Perspektiven einer Geschichte der internationalen Politik von Bedeutung sind (I).<sup>3</sup> Zu diesen Perspektiven gehört nicht zuletzt die Historisierung zentraler Analysekatogorien der Geschichte der internationalen Politik wie insbesondere Staat und Staatensystem und damit die Frage, was die Dynamik des historischen Wandels von Staat, Staatlichkeit und Staatensystem für die Geschichte der in-

---

tikgeschichte“. Aporien einer Kontroverse, in: Guido MÜLLER (Hrsg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19–30.

- 2 Paul NOLTE, Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine „lange Generation“, in: Merkur 53 (1999), S. 413–432.
- 3 Der Schwerpunkt liegt dabei auf der deutschen Geschichtswissenschaft. Denn wenn gleich in jüngerer Zeit im Fach Internationale Geschichte deutliche Internationalisierungstendenzen zu erkennen sind, ist doch die Geschichte der internationalen Beziehungen seit dem 19. Jahrhundert in erster Linie Teil nationalhistoriographischer Entwicklungen. Diese Entwicklungen auch für die Geschichtswissenschaft anderer Nationen zu beleuchten, würde den Rahmen zumindest dieses Beitrags sprengen. Vgl. aber einführend dazu die exemplarischen Überblicksbeiträge von Georges-Henri Soutou, Kathleen Burk und Michael H. Hunt, in: Wilfried LOTH/Jürgen OSTERHAMMEL (Hrsg.), Internationale Geschichte. Themen – Perspektiven – Aussichten, München 2000, S. 31–90.

ternationalen Politik bedeutet und wie ihr methodisch und thematisch Rechnung zu tragen ist (II). Schließlich gilt es, daran anschließend, den Politikbegriff aus seiner Staats- und Regierungsfixierung zu lösen, ihn zu dynamisieren und damit für die Analyse von Politik, von politischem Handeln und des politischen Prozesses in modernen Gesellschaften tauglich zu machen (III).

## I.

Wer die Debatte um „moderne Politikgeschichte“ verstehen will, der muss einen Blick werfen auf die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert. Das sei hier nur in einigen Andeutungen getan,<sup>4</sup> die jedoch wichtig sind für das Verständnis der Lagerkonflikte der siebziger und achtziger Jahre, aber auch für das zum Teil etwas verkrampfte Bemühen mancher Historiker heutzutage, Politikgeschichte neu zu erfinden, dabei aber beispielsweise nicht von Politik zu reden, sondern vom Politischen, um „Distanz zur Tradition der Politikgeschichte zu markieren“.<sup>5</sup>

Überall in Europa entwickelte sich Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert als nationale Geschichtswissenschaft, die sich bevorzugt den jeweiligen Nationalgeschichten zuwandte, als Verfassungsgeschichte einerseits, als Außenpolitikgeschichte andererseits. Die vergleichsweise späte Nationalstaatsbildung in Deutschland und die massive Politisierung der deutschen Historiker im Umfeld der Reichsgründung – Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft – erklärt dabei die besondere Stärke des nationalen und vor allem nationalstaatlichen Paradigmas in der deutschen Geschichtswissenschaft.<sup>6</sup> Und gerade weil sich die kleindeutsch-

4 Vgl. dazu auch meine Ausführungen in: CONZE, „Moderne Politikgeschichte“, sowie in DERS., Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung, in: Jörg BABEROWSKI u. a., Geschichte ist immer Gegenwart. Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001, S. 43-65.

5 Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte (Sonderforschungsbereich 1831, Einrichtungsantrag), Bielefeld 2000, S. 14.

6 Wie sehr die deutsche Geschichte des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts perspektivisch, ja teleologisch auf die Reichsgründung und die Etablierung des kleindeutschpreußischen Nationalstaats hingeschrieben wurde, unterstreicht: Andreas FAHRMEIR, Opfer borussischen Geschichtsmythos? Das 19. Jahrhundert in der Historiographie 1871–1995, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 25 (1996), S. 73–95. Vgl. dazu auch immer noch: Wolfgang HARDTWIG, Von Preußens Aufgabe in Deutschland

borussische Geschichtswissenschaft – ganz Kind ihrer Zeit – für Machtpolitik interessierte, für staatliches, machtstaatliches Handeln, betrieb sie in starkem Maße Außenpolitikgeschichte, wandte sich der Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen zu, und hier insbesondere den Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten. Das war im deutschen Falle noch stärker ausgeprägt als in den sich ebenfalls nationalisierenden Geschichtswissenschaften anderer Länder, denn insbesondere die 1860er Jahre, der Zeitraum zwischen der italienischen Nationalstaatsbildung und der deutschen Reichsgründung, schienen doch die Geschichtsmächtigkeit von Außen- und (Groß-)Machtpolitik, des von Machtinteressen und Machtkalkül geleiteten Handelns einzelner Persönlichkeiten und auch des Krieges als gleichsam integralem Bestandteil von Machtpolitik zu demonstrieren. Vielen deutschen Historikern bestätigten die Ereignisse und Entwicklungen in den Jahren der Reichsgründung zentrale Prämissen des Historismus rankeanischer Prägung, welcher sich umgekehrt unter dem Eindruck der politischen Entwicklung zwischen 1860 und 1870/71 weiter ausformte und an Strahlkraft gewann.

Denn zweifelsohne gehörte die Konzentration auf die „Großen Mächte“ und ihre Machtkonkurrenz zum Erbe des Historismus, zum Erbe insbesondere, das Leopold von Ranke (1795–1886) der deutschen Geschichtswissenschaft hinterlassen und das mehrere Generationen deutscher Historiker bis weit ins 20. Jahrhundert hinein tief beeinflusst hat. Die deutsche Geschichtswissenschaft hat Ranke freilich lange Zeit nur selektiv rezipiert, hat nicht sein gesamtes Erbe angenommen, sondern nur Teile desselben. Als besonders wirkungsvoll und langlebig er-

---

zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: DERS., *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990, S. 103–160. Besonders anschaulich in diesem Zusammenhang ist Treitschkes Schilderung der Gründung des Zollvereins 1834: „Dann kam jene folgenschwere Neujahrsnacht des Jahres 1834, die auch den Massen das Nahen einer besseren Zeit verkündete. Auf allen Landstraßen Mitteldeutschlands harrten die Frachtwagen hochbeladen in langen Zügen vor den Mauthäusern, umringt von fröhlich lärmenden Volkshaufen. Mit dem letzten Glockenschlage des alten Jahres hoben sich die Schlagbäume; die Rosse zogen an, unter Jubelruf und Peitschenknall ging es vorwärts durch das befreite Land. Ein neues Glied, fest und unscheinbar, war eingefügt in die lange Kette der Zeiten, die den Markgrafenstaat der Hohenzollern hinaufgeführt hatte zur kaiserlichen Krone. Das Adlerauge des großen Königs blickte aus den Wolken, und aus weiter Ferne erklang schon der Schlachtendonner von Königgrätz.“ S. Heinrich v. TREITSCHKE, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*, 5 Bde., Leipzig 1879–1894, Bd. 4, S. 379.

wies sich dabei die Kategorie der „Macht“.<sup>7</sup> Für Ranke war Macht zum einen stets die Macht (als Staat) im internationalen Raum, zum anderen aber – und davon nicht zu trennen – Macht als Abstraktum von geradezu religiöser, spiritualisierter Qualität. Von einem solchen, an Hegels politischen Idealismus anschließenden Machtverständnis war es nicht mehr weit zu der bei deutschen Historikern und Politikern noch lange vorherrschenden Vorstellung von der „Sittlichkeit der Machtpolitik“, von der „göttlichen Weltordnung“ des internationalen Mächtesystems.<sup>8</sup> Das implizierte dann auch die Anerkennung, ja Affirmation einer grundlegenden Konfrontativität der internationalen Politik beziehungsweise der Staatenbeziehungen.<sup>9</sup>

Doch die deutsche Geschichtswissenschaft übernahm von Ranke nicht nur seinen enigmatischen, ja geradezu theologischen Machtbegriff, der sich angesichts seiner wirkungsvollen Unbestimmtheit zwar politisieren, nicht aber analytisch nutzbar machen ließ. Denn es lässt sich kaum eine weitere Distanz vorstellen als diejenige zwischen Rankes Verständnis von Macht – von seinen Epigonen einmal ganz abgesehen – und Max Webers präzisen, instrumentell-methodischem Machtbegriff. Weber bietet nicht nur eine klare Definition von Macht, die sich durchaus auch auf die internationalen Beziehungen anwenden lässt, sondern er verknüpft, beispielsweise durch den von ihm eingeführten Begriff des „Machtprestiges“, auch innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen mit au-

---

7 Gerhard Mollin hat jüngst noch einmal herausgearbeitet, welche Bedeutung Rankes Machtbegriff für seine Vorstellung – und in der Folge auch diejenige zahlloser Historiker späterer Generationen – vom internationalen System, von Außenpolitik und internationalen Beziehungen hatte. Gerhard Th. MOLLIN, Internationale Beziehungen als Gegenstand der deutschen Neuzeit-Historiographie seit dem 18. Jahrhundert. Eine Traditionskritik in Grundzügen und Beispielen, in: LOTH/OSTERHAMMEL (Hrsg.), Internationale Geschichte, S. 3–30, besonders S. 6–13.

8 Zit. nach: ebd., S. 7.

9 In dem Spannungsverhältnis zwischen Macht und Recht in der internationalen Politik schlugen sich deutsche Historiker noch in den Jahren nach 1945 in ihrer großen Mehrheit ganz eindeutig auf die Seite der Macht. Noch in der 1954 aktualisierten Fassung seiner 1936 erstmals erschienenen Biographie Friedrichs des Großen betont Gerhard Ritter mit Blick auf den preußischen Angriff auf Österreich 1740: „Ohne Verletzung historischen Rechts und gewaltsame Eroberung von Macht (...) gibt es praktisch keine große Politik.“ S. Gerhard RITTER, Friedrich der Große [1954], zit. nach: MOLLIN, Traditionskritik, S. 9.

ßenpolitischen und zwischenstaatlichen.<sup>10</sup> Die deutsche Geschichtswissenschaft übernahm von Ranke auch sein Individualitätspostulat, welches sich gleichermaßen auf einzelne Menschen wie auf einzelne Nationen anwenden ließ: mit der doppelten Konsequenz einer staats- und politikzentrierten Betrachtungsweise einerseits und dem Imperativ einer beschreibenden Darstellung singulärer Erscheinungen in den Begriffen und Kategorien der jeweils behandelten Epoche andererseits. Gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen waren so nicht zu erfassen, soziale Strukturen und ihr längerfristiger Wandel traten nicht beziehungsweise erst sehr spät in den Blick derjenigen Historiker, die bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts das Bild der deutschen Geschichtswissenschaft maßgeblich bestimmten. Dabei war diese Konzentration auf Politik- und Diplomatiegeschichte, kulminierend in der auch politisch wirksamen und politisch zu erklärenden Behauptung eines „Primats der Außenpolitik“ gar nicht das ganze Erbe Rankes, der selbst einem solchen Primat nie das Wort geredet hatte. Ranke hatte zwar nur wenig Verständnis für die gesellschaftlichen und insbesondere die ökonomischen Grundlagen und Triebkräfte internationaler Politik, aber zugleich war er Advokat einer Geschichtsschreibung, die nicht nur zwischenstaatliche Beziehungen thematisiert, sondern auch nationale und damit einzelstaatliche Geschichte gründlich behandelt. Das verdrängen sowohl jene, die sich auf Ranke berufen, um einen wie auch immer gearteten Primat der Außenpolitik herzuleiten, wie auch jene, die die Geschichtsschreibung der internationalen Beziehungen als rankeanisch oder neo-rankeanisch kritisieren. Beide beziehen sich nur auf den halben Ranke.

Man sollte eigentlich annehmen, die Übersteigerung und Pervertierung des nationalen Machtstaatsdenkens in Deutschland nach 1933 müssten zur Diskreditierung auch derjenigen historiographischen Tradition geführt haben, die mit dem Aufstieg und der Entwicklung dieser Denkra-

---

10 Zu Webers Machtbegriff und zum Begriff des „Machtprestiges“ s. vor allem: Max WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1980, S. 28 f., 520 f. sowie 541–545; DERS., *Politik als Beruf*, in: DERS., *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen 1985, S. 505–560, hier S. 506–511. Zu Webers Ranke-Rezeption ist bislang nur wenig bekannt. Einige Hinweise bietet jetzt: Edith HANKE/Gangolf HÜBINGER, *Handschriftliche Bemerkungen Max Webers zu einem Aufsatz über Rankes politische Theorie und Geschichtsauffassung*, in: Edith HANKE/Wolfgang J. MOMMSEN (Hrsg.), *Max Webers Herrschaftssoziologie. Studien zu Entstehung und Wirkung*, Tübingen 2001, S. 323–335. Auch hier wird deutlich, wie sehr sich die typisierende Vorgehensweise, für die Weber eintritt, von der historischen Ideenlehre der Rankeaner und Neo-Rankeaner unterscheidet.

dition auf das engste verbunden war. Man sollte meinen, der Zweite Weltkrieg, die deutsche Niederlage und in ihrer Folge die Besetzung und Teilung Deutschlands müssten zur Überwindung des nationalen und des machtsstaatlichen Paradigmas in der deutschen Geschichtsschreibung geführt haben. Für einen historischen Augenblick, die Jahre unmittelbar nach 1945, sah das auch so aus. Führende Repräsentanten der deutschen Geschichtswissenschaft plädierten dafür, die methodologische Basis der Geschichtswissenschaft zu verbreitern. Andere Stimmen erklärten das nationalstaatliche Denken und, mit diesem verbunden, das kleindeutsch-borussisch-protestantische Geschichtsbild für obsolet. Alternative Geschichtsbilder, nicht zuletzt katholischer Provenienz, die beispielsweise unter der Leitidee des „Abendlands“ dezidiert international-universalistisch angelegt waren, schienen nun ihre große Stunde erleben zu können, nachdem sie seit den Jahren der Reichsgründung marginalisiert worden waren.<sup>11</sup>

Doch dieses Intermezzo dauerte nur wenige Jahre. Zwar war die 1949 gegründete Bundesrepublik katholischer als das Deutsche Reich, zwar betrat der westdeutsche Staat außenpolitisch neue, multilaterale und supranationale Pfade, insbesondere in der europäischen Integration, und verließ damit die Traditionslinie des autonomen nationalen Machtstaats. Aber die machtpolitische Auseinandersetzung des Kalten Krieges, die die internationalen Beziehungen der späten vierziger und der fünfziger Jahre beherrschte und in welche die Bundesrepublik der Ära Adenauer zentral eingebunden war, führte zu einer Revitalisierung des machtpolitischen Denkens und in gewisser Weise auch zu einer Bestätigung des Primats der Außenpolitik. War die These vom „Dominat der internationalen Verhältnisse“ also doch richtig? War es nicht nach wie vor Machtpolitik, internationale Machtpolitik, welche das Schicksal von Staaten und Gesellschaften bestimmte? Im weltpolitischen Klima des Kalten Krieges entfaltete das politikgeschichtliche Paradigma neue Wirkung.<sup>12</sup> Überdies

11 Ernst SCHULIN (Hrsg.), *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965)*, München 1989; Winfried SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1993.

12 Vergleichbare Tendenzen lassen sich auch in der Entwicklung der Theoriebildung und Theoriediskussion im Bereich der Internationalen Beziehungen (*International Relations*) identifizieren. Ganz allgemein bildete sich *International Relations* als unabhängige Disziplin in den USA während des frühen Kalten Krieges und des amerikanischen Aufstiegs zur Supermacht heraus. Darüber hinaus vollzog sich beispielsweise der Aufstieg der realistischen Schule insbesondere in der amerikanischen Theoriebildung vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in den späten 40er und den 50er Jahren, während die temporär nachlassende Konfrontativität im Ost-West-Verhältnis in den 60er und 70er

trug die deutsche Teilung gleichsam *ex negativo* dazu bei, dass die Nation, die deutsche Nation und vor allem der reichsdeutsche Nationalstaat zentrale Bezugspunkte politischen und historischen Denkens blieben.<sup>13</sup> Je mehr man gerade in der Frühzeit der Bundesrepublik von deutscher Einheit sprach, von der Wiederherstellung des Nationalstaats, desto mehr gewann beziehungsweise behielt dieser Nationalstaat die Bedeutung eines Werts an sich, gerann er zur scheinbar einzigen Möglichkeit staatlicher Existenz und zum angeblichen Zielpunkt historischer Entwicklung, zur *finalité d'histoire*.<sup>14</sup> Es ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich, dass auch in der Geschichtswissenschaft das nationale Paradigma von neuem Wirksamkeit entfaltete, zumal die westdeutsche Geschichtswissenschaft gerade der fünfziger Jahre deutlich dominiert wurde von Historikern einer um 1900 geborenen Generation. Für diese war der Nationalstaat nicht nur unmittelbare persönlich-biographische Erfahrung, sondern sie waren auch in ganz überwiegender Zahl als Wissenschaftler in der Tradition der kleindeutsch-borussischen Geschichtswissenschaft akademisch ausgebildet und sozialisiert worden. Das gilt für Gerhard Ritter ebenso wie für den remigrierten Hans Rothfels, aber auch für etwas jüngere Historiker wie Werner Conze oder Theodor Schieder, die zwar ihre dem völkischen Denken zumindest affine volksgeschichtliche

---

Jahren stärker idealistischen Ansätzen Vorschub leistete, aber auch die Versozialwissenschaftlichung der Theoriebildung begünstigte. In der Metaphorik der Internationalen Beziehungen war für etwa zwei Jahrzehnte nach 1945 das Bild von Staaten als „Billardkugeln“ dominierend; in den 60er Jahren gewannen dann Metaphern für das Staatensystem beziehungsweise das internationale System wie „Spinnweb“, „Gitternetz“ oder „Netzwerk“ an Bedeutung, die nicht zuletzt auch den Bedeutungsgewinn der Kategorie „System“ in den Internationalen Beziehungen widerspiegelten. Mit dem so genannten „Zweiten Kalten Krieg“ der späten 70er und der 80er Jahre ist wiederum die Hochkonjunktur des Neorealismus eng verbunden. Diese theoriegeschichtliche Entwicklung bedürfte indes noch gründlicherer Analyse. Vgl. aber die Hinweise bei: Barry BUZAN/Richard LITTLE, *International Systems in World History. Remaking the Study of International Relations*, Oxford 2000, S. 22–30. S. allgemein: Reinhard MEYERS, *Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, Königstein 1990.

- 13 Nicht nur für die Geschichtswissenschaft zeigt dies: Edgar WOLFRUM, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.
- 14 Das erklärt den „Jaspers-Skandal“ von 1960. Der bekannte Philosoph Karl Jaspers bezeichnete bereits im Jahr vor dem Mauerbau in einem Fernsehinterview die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands als „politisch und philosophisch irrational“. Das „Dritte Reich“ habe die nationalstaatliche Einheit verspielt, betonte der Philosoph, dem seine Gegner sogleich „nationalen Verrat“ vorwarfen. S. Karl JASPERS, *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, München 1960.

Orientierung hinter sich ließen beziehungsweise – im Falle Conzes – volksgeschichtliche Ansätze struktur- und sozialgeschichtlich ummodulierten und fortentwickelten, nicht aber ihre starke nationalgeschichtliche Ausrichtung. Sie alle schrieben nicht nur die Geschichte der Nation, sondern auch, wie Thomas Etzemüller pointiert formuliert, Geschichte „für die Nation“. Das ist wohl überspitzt und entspringt postnationalem Vor-Urteil. Aber es verweist auf die fortdauernde Bedeutung der Nation und des Nationalstaats als eines wissenschaftlichen wie politischen und auch moralischen Bezugsrahmens jener Historikergeneration.<sup>15</sup>

Die Thesen Fritz Fischers (1908–1999) über den Ursprung des Ersten Weltkriegs<sup>16</sup> änderten an dieser nationalen und nationalhistorischen Orientierung nichts, obwohl Fischers Gegner auch gegen die Negativisolierung des deutschen Kaiserreichs durch die von Fischer vorgenommene Schuldzuweisung angingen und dem Hamburger Historiker bezeichnenderweise das Recht bestritten, im Ausland als Repräsentant der deutschen Geschichtswissenschaft aufzutreten.<sup>17</sup> Doch so wenig Fischer in seinen Arbeiten letztlich den nationalhistorischen Rahmen sprengte, so wenig entfernte er sich methodisch von der Tradition der deutschen Politik- und Diplomatiegeschichte, was ein Blick auf die Quellengrundlage seiner Studien demonstriert. Allerdings veränderte sich durch die Fischer-Kontroverse in Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit das Bild des deutschen Nationalstaats. Die Auseinandersetzung verstärkte das wissenschaftliche und öffentliche Interesse an den politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Kaiserreichs, die den „Griff nach der Weltmacht“ angeblich zu erklären in der Lage waren. Sie verstärkte auch das Interesse an den Kontinuitäten in der Politik des deutschen Nationalstaats über den Ersten Weltkrieg und das Kaiserreich hinaus, an den Kontinuitäten zwischen Bismarck und Hitler, die Fischer in starken The-

15 S. Thomas ETZEMÜLLER, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, besonders S. 296–309, Zitat auf S. 307. S. auch Willi OBERKRÖME, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; Christoph CORNELISSEN, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001.

16 Fritz FISCHER, Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, in: HZ 188 (1959), S. 249–310; DERS., Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961. Zur Fischer-Kontroverse s. Ernst W. Graf LYNAR (Hrsg.), Deutsche Kriegsziele 1914–1918. Eine Diskussion, Frankfurt a. M./Berlin 1964, sowie Gregor SCHÖLLGEN, Griff nach der Weltmacht. 25 Jahre Fischer-Kontroverse, in: HJb. 106 (1986), S. 386–406.

17 Dazu CORNELISSEN, Gerhard Ritter, S. 605–610.

sen postulierte. Seine Argumente waren von Bedeutung für die Herausbildung der Sonderwegsthese, für die gerade wegen ihrer deterministischen Hinführung auf 1933 das Kontinuitätsargument zentral war. Genau an dieser Stelle liegt die Verbindung zwischen dem Politikhistoriker Fischer und der sich seit den späten 60er Jahren etablierenden Gesellschaftsgeschichte Bielefelder Prägung.

Eine Abkehr vom nationalen Paradigma fand freilich auch in Bielefeld nicht statt. In diesem Punkt blieb die Gesellschaftsgeschichte völlig in der Kontinuität deutscher Historiographie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ihr analytischer Horizont war der deutsche Nationalstaat beziehungsweise – präziser – die deutsche Nationalgesellschaft. In diesem Sinne wirkte das nationale Paradigma ungebrochen weiter, und so sehr sich die Exponenten von Politik- und Gesellschaftsgeschichte methodisch und von ihren Themenschwerpunkten her voneinander unterschieden, so sehr glichen sie sich darin, dass der deutsche Nationalstaat kleindeutsch-borussischer Gestalt den zentralen Referenzpunkt ihrer Forschung darstellte. Seiner Geschichte zwischen 1871 und 1945 galt das Hauptinteresse insbesondere auch der führenden Protagonisten beider Lager, die, ob sie es wollten oder nicht, durch das unsichtbare Band der Nation miteinander verbunden waren.

Die 70er und 80er Jahre waren ganz wesentlich von der Rivalität oder besser: vom Nebeneinander von Politik- und Gesellschaftsgeschichte geprägt. Zwar brachte die alltagsgeschichtliche und mikrohistorische Herausforderung die Gesellschaftsgeschichte in Bedrängnis; zwar erlebte die Politikgeschichte (auch als Nationalgeschichte) in den 80er Jahren einen neuen Aufschwung, und die Kritiken von Alltags- und von Politikhistorikern an der Gesellschaftsgeschichte stimmten partiell durchaus überein. Aber grundsätzlich verschoben sich die Lagergrenzen, die freilich auch an erkenntnistheoretischen Grundannahmen hingen, nicht. Erst die grundstürzenden Entwicklungen seit 1989, das Ende des Kalten Krieges, die deutsche Vereinigung, der Zusammenbruch zunächst des sowjetischen Imperiums und dann der Sowjetunion selbst, aber auch die Rückkehr des Krieges nach Europa, bewirkten eine Veränderung, die zwar nicht einen Triumph der Politikgeschichte bedeutete – wenn auch Ansätze von Triumphalismus durchaus zu registrieren waren<sup>18</sup> –, die aber die Be-

---

18 Zumindest eine gewisse Genugtuung artikuliert Gregor SCHÖLLGEN, Außenpolitik als Ziel und Methode. Zum Stellenwert der auswärtigen Beziehungen in der Ära Adenauer, in: Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hrsg.), Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967), Bonn 1993, S. 86–96.

deutung von Außenpolitik, internationaler Politik und internationalen Beziehungen demonstrierten und dringend die stärkere Berücksichtigung des Internationalen und gerade auch der internationalen Politik in der Geschichtswissenschaft anmahnten. Gleiches gilt für die Militär- und Kriegsgeschichte. Die Entwicklungen, die wir ebenfalls seit den 90er Jahren oberflächlich und verallgemeinernd als „Globalisierung“ fassen, also jene Prozesse, „in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden“,<sup>19</sup> haben diese Umorientierung zusätzlich verstärkt. Im Zeichen der kulturwissenschaftlichen Erweiterung der Geschichte wandten sich nicht wenige Historiker anthropologisch oder ethnologisch inspiriert inter- oder transnationalen Kulturbeziehungen zu, der Begegnung eigener mit fremden Welten. Auch diese Wendung ist ein wichtiger Teil der Entnationalisierung und (Re-)Inter-nationalisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft, und von ihr gehen nicht zuletzt methodische Impulse aus für die Geschichte der internationalen Politik.<sup>20</sup>

## II.

Vor dem Hintergrund dieser hier nur grob skizzierten Entwicklung gilt es nunmehr, in einem zweiten Schritt, danach zu fragen, wo denn heute in der Geschichte der internationalen Beziehungen der Ort ist von Staat und Politik. Dabei lohnt sich als Ausgangspunkt dieser Überlegungen ein Blick über die Grenzen unseres Faches hinaus. Die Theoriediskussion in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen dauert an. Sie hat mittlerweile ihre eigene Geschichte, und es wäre ein spannendes wissenschaftsgeschichtliches Thema, ihre Konjunkturen und Dynamiken einmal systematisch zu beziehen auf allgemeine politische und gesellschaftliche Entwicklungen.<sup>21</sup> Nicht nur fachfremde Beobachter – Historiker beispielsweise – blicken indes stirnrunzelnd auf die

19 Ulrich BECK, Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt a. M. 1997, S. 28 f. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht siehe neuerdings: Jürgen OSTERHAMMEL/Niels P. PETERSSON, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003.

20 Zur Geschichte der internationalen Beziehungen als Geschichte von Kultur- und/oder Gesellschaftsbeziehungen s. die Aufsätze von Marita KRAUSS, Hartmut KAEUBLE, Guido MÜLLER, Jessica GIENOW-HECHT und Johannes PAULMANN in diesem Band.

21 Vgl. die Ansätze bei BUZAN/LITTLE, International Systems, S. 22–30.

zum Teil geradezu hermetische Selbstbezogenheit der Theoriedebatten der Internationalen Beziehungen. Auch Politikwissenschaftler selbst sehen ihren Theoriediskurs zunehmend skeptisch, ja fragen nach der Adäquanz von Theorien, die vielfach eher statisch konzipiert sind und Akteure wie „den Staat“ oder auch Größen wie „das internationale System“ als gleichsam zeitlose Kategorien betrachten, ohne deren Historizität Rechnung zu tragen.<sup>22</sup> Wenn jüngst ein Politikwissenschaftler fragte, ob denn eine Theorie der Internationalen Beziehungen mehr sein könne als ihre Geschichte, und diese Frage verband mit einem Aufruf zu mehr Hermeneutik und Konstruktivismus (Faktoren wie Geschichtlichkeit oder Erfahrung),<sup>23</sup> dann eröffnet eine solche Frage nicht nur hochwillkommene interdisziplinäre Perspektiven, sondern es ergibt sich daraus auch der Imperativ einer Historisierung von zentralen Analysekategorien.<sup>24</sup>

Aber welche Antworten haben wir Historiker auf das Problem der Politologen? Hat die Historiographie von den internationalen Beziehungen immer ihre leitenden Analysekategorien in ihrer Geschichtlichkeit und damit in ihrem permanenten Wandel wahrgenommen oder haben wir da selbst eigene Defizite zu beklagen? Haben wir die Wiederholung dessen vermieden, was die Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts bewirkte, als sie mehr oder weniger durchgehend die politische und staatsrechtliche Begrifflichkeit des 19. Jahrhunderts auf ihre historischen

---

22 Das wird deutlich in dem wichtigen Band von Jens SIEGELBERG/Klaus SCHLICHTE (Hrsg.), *Strukturwandel internationaler Beziehungen. Zum Verhältnis von Staat und internationalem System seit dem Westfälischen Frieden*, Opladen 2000. Trotz seiner Voreingenommenheit gegenüber der Geschichtswissenschaft, die dazu neigt, aus Angst vor realitätsfernen Verallgemeinerungen die großen Entwicklungslinien aus dem Auge zu verlieren, bietet dieser Band mit seinem Plädoyer für eine historisch orientierte Wissenschaft der internationalen Beziehungen sehr bedenkenswerte Anstöße für die historische Forschung.

23 Ebd., S. 257–259 (Zwischentext ohne Autorenangabe); vgl. auch Dietrich JUNG, *Gewaltkonflikte und Moderne. Historisch-soziologische Methode und die Problemstellungen der Internationalen Beziehungen*, in: ebd., S. 140–166, besonders S. 140 f.

24 Wobei das freilich nicht unbedingt eine omnikompetente Politikwissenschaft ganz allein zu übernehmen braucht, zumal die Geschichtswissenschaft hier schon jetzt einiges zu bieten hat, wenn man beispielsweise an Wolfgang Reinhard's Arbeiten über die Staatsgewalt oder an Peter Krügers Studien zum Staatensystem denkt: Wolfgang REINHARD, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999; Peter KRÜGER (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit*, Marburg 1991; DERS. (Hrsg.), *Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit*, München 1996.

Gegenstände übertrug und auf diese Weise eine unüberwindliche Hürde für die Entwicklung eines jeweils historisch angemessenen Begriffs von Politik und Staatlichkeit errichtete?<sup>25</sup>

Es geht also darum, Staat und Politik als historisch-dynamische, nicht als statische Größen zu betrachten und in der historischen Analyse internationaler Beziehungen die Dynamik des Wandels dieser Größen und ihre dauernde inhaltliche Neubestimmung noch ernster zu nehmen. Es klingt – insbesondere für Historiker – trivial, jedoch gibt es durchaus Anlass, sich diese scheinbar simple Prämisse immer wieder vor Augen zu halten: Staat und Politik als Analysekategorien sind genauso historischem Wandel unterworfen wie die konkreten Gegenstände unserer Forschung. Schon insofern kann von einem Abschied von Staat und Politik nicht die Rede sein. Genauso wenig allerdings postuliert dies den „ewigen Staat“ oder das berühmte „Wesen der Politik“, und es liegt auch nur wenig Erkenntnisgewinn darin, diesen Wesenheiten nachzuspüren. Als weiterführender erweist sich stattdessen die Analyse des permanenten Gestaltwandels oder der dauernden Transformation von Staat und Staatlichkeit, von Politik oder des Politischen. Dagegen könnte man einwenden, dass doch erst die relativ gegenwartsnahen Prozesse der Globalisierung, verstanden vor allem als Prozesse der Entstaatlichung und der Neubestimmung des politischen Raums, das Transformationsargument auf die historische Agenda gesetzt haben. Das ist zwar nicht falsch, aber zu einfach gedacht. Machen wir nicht deshalb das Transformationsargument so oft an den gegenwärtigen Prozessen der Globalisierung fest, weil in diesen Prozessen der Wandel, die Transformation so beschleunigt stattfindet und dadurch sichtbar und beobachtbar wird?

Es ist durchaus ermutigend – und auch bezeichnend –, dass sich seit kurzem ein ganzer Sonderforschungsbereich mit „Dem Politischen als Kommunikationsraum in der Geschichte“ beschäftigt. Eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte untersucht die grundlegende Transformation des Politischen in den Gesellschaften Westeuropas.<sup>26</sup> Nur: Die internationalen Beziehungen oder gar die internationale Politik gehören nicht zu den Themen des SFB. Warum? Es hat wohl, erstens, damit zu tun, dass das Interesse des SFB sich auf gesellschaftliche Transformationsprozesse

<sup>25</sup> Rudolf SCHLÖGL, Politik- und Verfassungsgeschichte, in: Joachim EIBACH/Günther LOTTES (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 95–111, hier S. 98.

<sup>26</sup> S. Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte (Sonderforschungsbereich 1831, Einrichtungsantrag), Bielefeld 2000.

richtet und deshalb nationalgesellschaftlich begrenzt ist. Das erschwert beziehungsgeschichtliche Ansätze und bleibt dem nationalen Paradigma verhaftet, das auch durch vergleichende Projekte letztlich nicht aufzusprengen ist. Es hat, zweitens, auch damit zu tun, dass die Geschichte der internationalen Beziehungen im 19./20. Jahrhundert in starkem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, die Geschichte zwischenstaatlicher Beziehungen ist, eine Geschichte jedenfalls, in der Staaten und Regierungen als Akteure eine zentrale Rolle spielten. Wenn aber schon das „Politische“ – in Abgrenzung von der „Politik“ – primär sozialkommunikativ begriffen wird,<sup>27</sup> dann geraten Außenpolitik und internationale Politik nicht in den Blick. Schließlich, drittens, hält auch die Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft mit ihren weiter oben kurz skizzierten Traditionslinien und ihren Präferenzen und Prioritäten eine Erklärung für die Lücke in der Agenda des SFB bereit. Hier schießt die erklärte und gerechtfertigte Absicht, die Staatszentriertheit der „traditionellen Politikgeschichte“ zu überwinden,<sup>28</sup> über ihr Ziel hinaus.

Doch selbst wenn man sich die Prämisse einer sich gegenwärtig abzeichnenden Entstaatlichung des Politischen (verstanden als Form- und Gestaltwandel des Politischen) zu Eigen macht und daraus beispielsweise das Analyseziel entwickelt, den Prozess der Verstaatlichung des Politischen seit der Frühen Neuzeit zu untersuchen, könnte man dann nicht gerade mit Blick auf Außenpolitik und internationale Beziehungen fruchtbare Untersuchungsfelder finden? War denn der Staat nicht auch – wenn nicht gerade – nach außen Staat? Als ein in der Historiographie oftmals geradezu personifizierter Akteur? Das korrespondierte freilich mit seiner Personifizierung mit Blick nach Innen und, gerade in Deutschland, ganz allgemein mit einer Ontologisierung des Staates, der seit dem 18. Jahrhundert die entscheidende Agentur historischen und sittlichen Fortschritts verkörperte und damit und deswegen auch das über den Einzelinteressen stehende Gemeinwohl.<sup>29</sup> So wurde der Staat in der Perception der Zeitgenossen, aber eben auch in der Historiographie spätestens seit dem Historismus, zum kollektiven Subjekt, zum personifizierten Akteur.

---

27 Ebd., S. 27–31.

28 Ebd., S. 14.

29 Andreas WIRSCHING, Internationale Beziehungen, in: EIBACH/LOTTE (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft, S. 112–125, hier S. 114; vgl. auch Ursula LEHMKUHL, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und soziologischem Institutionalismus, in: GG 27 (2001), S. 394–423, besonders S. 403 f.

Der enge Zusammenhang der Entwicklung von Staat und internationalem System<sup>30</sup> ist zwar evident; er bedarf aber doch noch weiterer Erforschung. Ein Problem bisheriger Untersuchungen zum Thema liegt genau darin, dass der zum personifizierten Akteur erhobene und kollektivsubjektivierte Staat über lange Zeit zumeist als „black box“ behandelt wurde und die internationale Politik als Resultat autonom handelnder staatlicher Akteure. Auch haben sich lange Zeit diejenigen, die sich mit dem Staat, seiner Entstehung und Entwicklung befassten, dem Thema ganz überwiegend theorie- und ideengeschichtlich zugewandt und die internationale Perspektive dabei vernachlässigt, wenn nicht ganz ignoriert.<sup>31</sup> Damit ist im Übrigen ein Forschungsbereich identifiziert, der ganz dezidiert, wenn nicht sogar schwerpunktmäßig, die Geschichte der Frühen Neuzeit einschließt. Lange Jahre war ja – und zum Teil trifft das bis heute zu – der Blick der Historiker auf das internationale System des 16., vor allem aber des 17. und 18. Jahrhunderts geprägt von den Realitäten des 19. Jahrhunderts und damit von der mehr oder weniger fest etablierten Existenz eines europäischen Staatensystems mit seinen Mächte- und vor allem Großmächtebeziehungen. Die Strukturen und Mechanismen dieses Staatensystems zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg wurden rückprojiziert auf die Frühe Neuzeit. Dass dieses Staatensystem erst entstehen musste, dass sich Staaten, moderne Territorialstaaten, erst herausbilden mussten, um ein Staatensystem formieren zu können, blieb dabei unbedacht. Wo liegt der Zusammenhang, lautet in diesem Kontext eine zentrale Frage, zwischen den hochkomplexen gesellschafts- und strukturgeschichtlichen Umbrüchen beispielsweise zu Beginn der Frühen Neuzeit und der Funktionsweise und den Strukturen des europäischen Staatensystems? Solche Fragen kann nur ignorieren, wer die Analyse internationaler Politik und von Staatenbeziehungen mit dem methodischen Ansatz des Billardspiels betreibt, also Staaten als geschlossene Kugeln be-

<sup>30</sup> Zur Differenzierung der Begriffe „Internationales System“ und „Staatensystem“ s. BUZAN/LITTLE, *International Systems*, S. 32 f. In der Tat könnte sich die Verwendung des Begriffs Staatensystem wegen seines expliziten Bezugs auf den Staat als analytisch einengend erweisen. Mit Begriff und Konzept des Internationalen Systems sind in der Analyse auch gesellschaftsweltliche Aspekte und Faktoren unterzubringen. Damit werden neben kulturellen und normativen Faktoren auch soziale Strukturen zur Erklärung bestimmter außenpolitischer Abläufe und Entwicklungen herangezogen. Politikhistorische beziehungsweise sozial- und kulturhistorische Fragestellungen und Analysehorizonte nähern sich hier an. Vgl. LEHMKUHL, *Diplomatiegeschichte*, S. 419 f.

<sup>31</sup> Eine Ausnahme bilden in diesem Zusammenhang wohl nur die Untersuchungen zum Zusammenhang von Staatsbildung und Krieg.

trachtet, die sich nur an der Außenfläche berühren. Dabei zeigt freilich bereits ein flüchtiger Blick auf den Extremfall solcher Außenberührung, auf den Krieg, in welchem starkem Maße einerseits kriegerische Auseinandersetzungen auf innenpolitische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen einwirkten und wie andererseits innere Entwicklungen die Entstehung von Kriegen beeinflussten.

Was die Frühe Neuzeit anbelangt, sei nur kurz an die wichtigen Untersuchungen von Johannes Kunisch, Heinz Schilling und Johannes Burkhardt erinnert, die alle drei neue Einsichten in die Strukturen und Entwicklungen der Mächtebeziehungen in der Frühen Neuzeit ermöglichten: Kunisch mit seinen Arbeiten über die „bellizistische Disposition“ des absoluten Fürstenstaats, Schilling mit seinem Versuch, den Phasen des frühneuzeitlichen Mächtesystems jeweils „bewegende Kräfte“ (z. B. Konfession oder Dynastie) zuzuordnen, und Burkhardt mit seinen Überlegungen zur „Bellizität Europas“ und der These, die Kriege im 17. und 18. Jahrhundert nicht als Staatenkriege, sondern als Staatsbildungskriege zu betrachten.<sup>32</sup> Das alles zielt auf die gegenseitige Bedingtheit von frühmoderner Staatsbildung und Formation eines neuzeitlichen europäischen Mächtesystems und geht dabei über die mittlerweile kaum noch bestrittene Interdependenz von Innen- und Außenpolitik hinaus.

Diese allgemeine Fragerichtung lässt sich auch auf das 19. und 20. Jahrhundert übertragen, wo es nun zwar – zumindest mit Blick auf Europa – nicht länger um Staatsbildung geht (was ja nicht der Entstehung neuer Staaten widerspricht), sondern um die Veränderung von Staatlichkeit in Prozessen der Nationalisierung, der Industrialisierung und beschleunigter Modernisierung. Das Mächtesystem des 19. Jahrhunderts mag zwar bereits seit Hubertusburg (1763) seine klassischen Konturen angenommen haben, insbesondere seinen pentarchischen Charakter, aber die Wirkungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft veränderten die Struktur- und Funktionsprinzipien dieses

---

32 Johannes KUNISCH, *Fürst – Gesellschaft – Krieg. Studien zur bellizistischen Disposition des absoluten Fürstenstaates*, Köln u. a. 1992; Heinz SCHILLING, *Formung und Gestalt des internationalen Systems in der werdenden Neuzeit – Phasen und bewegende Kräfte*, in: KRÜGER (Hrsg.), *Kontinuität und Wandel*, S. 19–46; Johannes BURKHARDT, *Der dreißigjährige Krieg*, Frankfurt a. M. 1992; DERS., *Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas*, in: ZHF 24 (1997), S. 509–574. S. auch die Überlegungen zu den Thesen und Interpretationsansätzen dieser drei Autoren bei: Holger Th. GRÄF, *Funktionsweisen und Träger internationaler Politik in der Frühen Neuzeit*, in: SIEGELBERG/SCHLICHTER (Hrsg.), *Strukturwandel internationaler Beziehungen*, S. 105–123, besonders S. 108–112.

Systems fundamental, und die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts unterwarfen es weiterhin einer Dynamik substantiellen Wandels. Mit Hubertusburg hatte das europäische Staatensystem am Vorabend des Ersten Weltkriegs nichts mehr zu tun.<sup>33</sup> Johannes Paulmann hat gezeigt, wie man den Wandel von Staatlichkeit und damit des internationalen Systems auch mit methodischen Instrumentarien aus der Historischen Anthropologie und der Sprachwissenschaft untersuchen kann.<sup>34</sup> Vom „Ende des Staates“ ist bei ihm nicht die Rede. Andere Arbeiten gehen im Kontext einer „Sozialgeschichte von Ideen“ der Frage nach, wie die aufsteigenden gesellschaftlichen Kräfte des 19. Jahrhunderts, das liberale Bürgertum zum Beispiel, eine internationale Ordnung dachten und wie dieses Denken nach und nach auch internationale Politik und damit die Strukturen des Staatensystems veränderte.<sup>35</sup> Das nimmt soziologische Ansätze auf, nicht zuletzt die von Rainer Lepsius elaborierten Überlegungen Max Webers zum Zusammenhang von Ideen und Interessen, die bislang viel zu ausschließlich auf innenpolitische und innergesellschaftliche Fragen angewandt worden sind.<sup>36</sup>

Dabei ist doch gerade im Kontext der internationalen Beziehungen immer wieder von „nationalen Interessen“ die Rede, von Machtinteres-

---

33 Einen Vorschlag zur Periodisierung der Geschichte des europäischen Staatensystems seit 1815 bietet: Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: LOTH/OSTERHAMMEL (Hrsg.), *Internationale Geschichte*, S. 93–115. Allgemein zur Entwicklung des europäischen Staatensystems seit der Frühen Neuzeit: KRÜGER (Hrsg.), *Europäisches Staatensystem*.

34 Johannes PAULMANN, *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2000.

35 Eckart CONZE, „Wer von Europa spricht, hat unrecht.“ Aufstieg und Verfall des vertragsrechtlichen Multilateralismus im europäischen Staatensystem des 19. Jahrhunderts, in: HJb. 121 (2001), S. 214–241. Vgl. auch Manfred MEYER, *Freiheit und Macht. Studien zum Nationalismus süddeutscher, insbesondere badischer Liberaler 1830–1848*, Frankfurt a. M. u. a. 1994.

36 Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist die Feststellung Max Webers: „Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“ Max WEBER, *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Vergleichende religionssoziologische Versuche [1915–1919]*, in: DERS., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. 1, Tübingen 1988, S. 237–573, hier S. 252. Daran anschließend die Überlegungen bei: M. Rainer LEPSIUS, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990.

sen oder von Staatsräson. Hier liegen Perspektiven für eine politikhistorische Forschung zu den internationalen Beziehungen, die nicht nur danach fragt, wie gleichsam apriorisch existierende „nationale Interessen“ gegen die Interessen konkurrierender Mächte verteidigt oder durchgesetzt werden, sondern der es darum geht herauszufinden, wie diese „nationalen Interessen“ definiert und konstituiert werden, welche Faktoren – harte und weiche – auf die Herausbildung „nationaler Interessen“ einwirken. „Nationale Interessen“ oder „Staatsräson“ sind insofern nicht unbedingt „nützliche Verlegenheitsabstrakta“ (H. Rosenberg), die Erkenntnis eher verhindern als ermöglichen, und auch nicht Produkte einer „krankhaften politischen Intelligenz“ (E. Krippendorff), sondern dem historischen Wandel unterworfenen Leitkategorien: nicht statisch-immobil, sondern höchst dynamisch.<sup>37</sup> Das hat, mit Blick auf die „Staatsräson“, Friedrich Meinecke schon 1924 betont, der sich damit auch von seinen eng historistischen Positionen aus den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg löste.<sup>38</sup> Meinecke begriff und definierte „Staatsräson“ nicht länger als Verhaltensnormen oktroyierendes Prinzip, sondern als regulierendes Prinzip für die Entwicklung innerer Kohärenz in Politik und Gesellschaft. Die Staatsräson ist zwar für Meinecke „Wesensgesetz der Nation“, sie ist es aber für ihn als Ergebnis der Willensbestimmung der verantwortlichen Politiker; sie repräsentiere, so nennt es Gustav Schmidt, die „operative ideals of the society“.<sup>39</sup> Zwar wird, ganz historistisch, dem Staat weiter ein „Lebensgesetz“ zuerkannt und damit die geschichtliche Individualität des Staates bestätigt. Dennoch kommt es in der Entwicklung von Meineckes Denken zu einer deutlichen Soziologisierung des Staatsbegriffs (im Sinne Max Webers). Insofern ist für Meinecke – je später desto klarer – die Staatsräson nur noch ein formatives Element im *policy-making process*. Auch der historistische Primat der Außenpolitik

---

37 Hans ROSENBERG, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967, S. 223; Ekkehart KRIPPENDORFF, *Die Erfindung der Außenpolitik*, in: SIEGELBERG/SCHLICHTER (Hrsg.), *Strukturwandel internationaler Beziehungen*, S. 61–73, hier S. 70. Vgl. auch Eckart CONZE, *Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte*, in: LOTH/OSTERHAMMEL (Hrsg.), *Internationale Geschichte*, S. 117–140, besonders S. 123 (mit weiteren Literaturhinweisen).

38 Friedrich MEINECKE, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte* [1924], München<sup>1</sup> 1963.

39 Gustav SCHMIDT, *Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Untersuchungen zu den politischen Gedanken von Meinecke, Troeltsch, Max Weber*, Lübeck/Hamburg 1964, S. 56.

wird revidiert, eben weil Meineckes Begriff der Staatsräson dezidiert die soziale *Mitbestimmtheit* von Politik – auch von Außenpolitik – impliziert.<sup>40</sup> Das gilt in noch viel stärkerem Maße für die Kategorie der „nationalen Interessen“, die in einem permanenten Prozess entwickelt und verändert werden.<sup>41</sup>

Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang fraglos politische, aber auch andere Funktionseliten, die daher noch stärkere Zuwendung verdient hätten. Das beschränkt sich nicht nur auf „Außenpolitiker“ im engeren Sinne und nicht nur auf das diplomatische Korps, sondern beispielsweise auch und in zunehmendem Maße auf Industrie- und Handelsunternehmer oder Bankiers, auf Journalisten und Wissenschaftler. Das begriffliche Etikett der „Davos People“, bezogen auf den Teilnehmerkreis des alljährlichen Weltwirtschaftsforums in Davos, ist jung und gegenwartsgewonnen; die Geschichte der „Davos People“ *avant la lettre* ist aber noch nicht geschrieben, und sie hielte mancherlei Einsichten bereit: Einsichten in die Zusammensetzung internationaler Eliten, Einsichten im Blick auf die Verknüpfung von Politik und Ökonomie, Einsichten aber auch in die seit dem 19. Jahrhundert rapide zunehmende internationale Verflechtung, welche gleichsam die internationalen Auswirkungen der *forces profondes* von Industrialisierung, Kapitalisierung, Verwissenschaftlichung, Technisierung, Medialisierung darstellte.<sup>42</sup> Das Spannungsverhältnis dieser Verflechtungstendenzen zum Aufstieg des nach Autonomie strebenden nationalen Machtstaats ist ein weiteres, zentrales Thema.<sup>43</sup> Eine Verknüpfung beispielsweise des Konzepts der „Wissengesellschaft“ mit dem der *epistemic communities* könnte nicht

---

40 Ebd., S. 57.

41 Einführend dazu noch immer: Joseph FRANKEL, *Nationales Interesse*, München 1971; s. auch: Alexander L. GEORGE/Robert O. KEOHANE, *The Concept of National Interest: Uses and Limitations*, in: Alexander L. GEORGE (Hrsg.), *Presidential Decision-making in Foreign Policy. The Effective Use of Information and Advice*, Boulder 1980, S. 217–237, sowie Wichard WOYKE, *Nationales Interesse*, in: *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 1 (Politikwissenschaft), hrsg. von Dieter NOHLEN/Rainer-Olaf SCHULTZE, München 1989, S. 589 f.

42 S. Peter KRÜGER, *Das Problem der Stabilisierung Europas nach 1871. Die Schwierigkeiten des Friedensschlusses und die Friedensregelung als Kriegsgefahr*, in: DERS. (Hrsg.), *Europäisches Staatensystem*, S. 171–188, besonders S. 175 f. Zu den *forces profondes* in den internationalen Beziehungen s. allgemein: Pierre RENOUVIN/Jean-Baptiste DUROSELLE, *Introduction à l'histoire des relations internationales*, Paris 1964. Der Teil des Buches, der sich mit den *forces profondes* befasst, stammt von Pierre Renouvin.

43 S. KRÜGER, *Problem der Stabilisierung*.

nur in der Lage sein, Innen und Außen zu verklammern, sondern auch einen Ansatz bilden, Transnationalität stärker als Dimension internationaler Politik zu verstehen und dadurch die Trennung von Staat/Regierung und Gesellschaft zu relativieren.“ Politische und Wirtschaftseliten waren – und sind – nationale wie internationale Akteure. Das internationale System ist kein exterritoriales Gebiet zwischen den Staaten, sondern es konstituiert sich durch das Handeln von Akteuren und durch Institutionen, die auch im innerstaatlichen politischen System Relevanz besitzen. Wurden und werden denn nicht innen- und außenpolitisches Handeln solcher Akteure von den gleichen prinzipiellen Überzeugungen und Prämissen geprägt? Die dreifache Existenz des Gleichgewichtsdenkens im Kontext des politischen Systems (*checks and balances*), im ökonomischen Denken (Angebot und Nachfrage) und im internationalen Zusammenhang (*Balance of Power*) bezeichnet nur einen, wenn auch vielleicht einen besonders wichtigen Strang solcher Kernprinzipien.<sup>45</sup>

Dies alles sind nur Ansatzpunkte für die Entwicklung künftiger Forschungsagenden in der Internationalen Geschichte, Ansatzpunkte freilich, die verlangen, Staat und Staatlichkeit als Forschungsgegenstände und als Analyseketegorien ernst zu nehmen; Ansatzpunkte indes, welche die traditionell und wohl in Deutschland besonders stark ausgeprägte

---

44 Zum Konzept und zur Historizität der Wissensgesellschaft s. neuerdings: Margit SZÖLLÖSI-JANZE, Wissensgesellschaft. Ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte?, in: Hans-Günther HOCKERTS (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 277–305. Zu den *epistemic communities*: Ernst HAAS, *When Knowledge Is Power*, Berkeley 1990, oder Peter HAAS (Hrsg.), *Knowledge, Power, and International Policy Coordination* (International Organization 46 (1992)). Zu transnationalen Beziehungen nach wie vor: Robert O. KEOHANE/Joseph NYE (Hrsg.), *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge, Mass. 1971; Karl KAISER, *Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik*, in: Ernst-Otto CZEMPIEL (Hrsg.), *Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik*, PVS Sonderheft 1, Köln/Opladen 1969, S. 80–109. Neuerdings: Kiran Klaus PATEL, *Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte*, in: *ZfG* 52 (2004) (i. E.). Wichtig erscheint mir freilich der Punkt von Jürgen Osterhammel, der davor warnt, das Wort „transnational“ nur dazu zu verwenden, zu signalisieren, man habe als Sozial- oder Kulturhistoriker mit den „neorankeanischen“ Chronisten der internationalen Beziehungen und mit der „Politikgeschichte“ nichts zu schaffen. So würden nur antiquierte Gegnerschaften reproduziert. S. Jürgen OSTERHAMMEL, *Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative*, in: *GG* 27 (2001), S. 464–479, hier S. 474.

45 Vgl. Jens SIEGELBERG, *Staat und internationales System – ein strukturgeschichtlicher Überblick*, in: DERS./SCHLICHTER (Hrsg.), *Strukturwandel internationaler Beziehungen*, S. 11–56, hier S. 37.

Ontologisierung und Personifizierung des Staates hinter sich lassen. Das ist möglich mit einem Verständnis von internationalen Beziehungen als Beziehungen, die zwar nicht ausschließlich, aber doch historisch seit der Frühen Neuzeit Beziehungen zwischen staatlich organisierten Gesellschaften sind, die als Ganze sowie in ihren Teileinheiten wiederum geprägt sind durch spezifische politische Kulturen, Weltbilder, Normen und Werte. Diese Faktoren beeinflussen staatliche Außenpolitik, außenpolitisches Regierungshandeln, denn sie präformieren dieses Handeln. Es kann dahinstehen, ob man diese Einsicht lediglich und erst jetzt der so genannten „neuen Kulturgeschichte“ verdankt. Mit Bildern, nicht zuletzt Feindbildern, Wahrnehmungen oder Erfahrungen hat man sich auch in außenpolitikhistorischen Studien durchaus schon beschäftigt, wenn auch vielleicht nicht im *mainstream* dieser Forschungsrichtung.<sup>46</sup> Aber es geht nicht darum, schon wieder Gegensätze zu konstruieren und Barrieren zu errichten. Wenn die „neue Kulturgeschichte“ auch bei Historikern der internationalen Beziehungen das Bewusstsein schärfte für bestimmte Dimensionen Internationaler Geschichte, wenn sie neue Studien anregte, die neue Erkenntnisse zu Tage fördern, dann wäre das nicht der geringste Gewinn.

Natürlich kann heute kein aufmerksamer Beobachter die Augen verschließen vor der Relativierung der Bedeutung des Staates. Diese Relativierung aber ist ein Prozess, der in seinen Ursachen und Triebkräften, in seinem Verlauf und seinen Ausprägungen noch näher historisch zu untersuchen wäre. Was Politikwissenschaftler oder Soziologen als „Entgrenzung der Staatenwelt“, als „Ende der Territorialität“, als „Denationalisierung“, als „Rückzug des Staates“ oder als Aufkommen „virtueller Staatlichkeit“ bezeichnen, hat als Referenzpunkt allemal den Staat, den gleichsam idealtypisch verstandenen Territorialstaat des eurozentrischen Staatensystems der Neuzeit, des so genannten „Westfälischen Systems“. Das verabsolutiert indes eine Staatsvorstellung, die es als feste und beständige Größe so nicht gegeben hat. Ja selbst die Territorialität, Konstitutivum und Definiens des Westfälischen Systems, veränderte sich im historischen Prozess. Territorialität war, so hat Charles Maier kürzlich argumentiert, vom 17. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wesentlich grenzbezogen und von den Grenzen her definiert. Grenzen wurden „er-

46 S. zu diesen Ansätzen: Gottfried NIEDHARDT, Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma, in: LOTH/OSTERHAMMEL (Hrsg.), Internationale Geschichte, S. 141–157; sowie Robert FRANK, Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen, in: ebd., S. 159–185.

funden“ und konstruiert, um den Ordnungs-, Gestaltungs- oder Herrschaftsanspruch über ein bestimmtes, ein *begrenzt*es Territorium zu etablieren und zu fixieren. Das Innere des Territoriums hatte demgegenüber eine nur passive Funktion. Definiert durch Grenzen wurde es beherrscht, geordnet oder kontrolliert. Das änderte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts, als das Territorium selbst, vor allem auf Grund der Industrialisierung und ihrer Folgen, eine für das internationale System und die internationalen Beziehungen formative Bedeutung erhielt: vom Territorium als Rohstoff- und Energiequelle bis hin zum Territorium als „Lebensraum“.<sup>47</sup>

Auch wenn der Niedergang des Territorialstaats zuweilen wohl etwas vorschnell besiegelt worden ist, wenn man Tendenzen verkennt, ignoriert oder vernachlässigt, die eher für die Stabilität des Territorial-/Nationalstaats und des territorial-/nationalstaatlichen Systems sprechen als dagegen, auch wenn man Bedeutungsgewinn und Bedeutungsverlust des Territorial-/Nationalstaats zu Unrecht als sich wechselseitig ausschließende Alternativentwicklungen betrachtet,<sup>48</sup> wird man doch – zumindest mit Blick auf die nördliche Hemisphäre, auf die Staaten der „Ersten“ und „Zweiten Welt“ und zumindest in wichtigen Teilbereichen – erkennen können, dass sich die Territorialität im Sinne Maiers als Ordnungsprinzip für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft relativiert, dass die territoriale Kongruenz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – insbesondere von Nationalstaat, Nationalökonomie und Nationalgesellschaft –, die für das Westfälische System als konstitutiv gilt, im Schrumpfen begriffen ist.<sup>49</sup> Das rechtfertigt aber keineswegs die Abwendung vom Staat,

47 Charles S. MAIER, *Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era*, in: AHR 105 (2000), S. 807–831.

48 Vor vorschnellen Urteilen warnt Michael MANN, *Has Globalization Ended the Rise and Rise of the Nation-state?*, in: *Review of International Political Economy* 4 (1997), S. 472–496. Die globale Internet-Kommunikation, allgemein als wichtiger Indikator für die Überwindung von Territorialität und geographisch bestimmter Räumlichkeit betrachtet, ist derzeit im Begriff sich zu „regeographisieren“ und sich auf geographische Räume oder gar Orte zu beziehen. Dies vollzieht sich gleichzeitig mit der weiteren Virtualisierung der Welt. S. hierzu: *The Revenge of Geography*, in: *The Economist Technology Quarterly*, 15.3.2003, S. 17–20.

49 Lothar BROCK, *Modernisierung und Entgrenzung. Zwei Perspektiven der Weltgesellschaft*, in: SIEGELBERG/SCHLICHTER (Hrsg.), *Strukturwandel internationaler Beziehungen*, S. 281–303, hier S. 294. Vgl. in diesem Zusammenhang die aus der von Niklas Luhmann entwickelten modernen Systemtheorie von Gesellschaft entlehnten Ansätze bei Mathias ALBERT, *Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung*, Weilerswist 2002, S. 9–19. Albert zeigt, wie ein systemtheoretischer Ansatz dazu beitragen kann, die National-/Territorialstaatlichkeit des

von Staatlichkeit und von staatlichem Handeln als Gegenständen historischer Forschung. Sicher, durch den Bedeutungsverlust des Staates und die Erosion der Territorialität entstehen neue Räume und neue Strukturen politischen Handelns, die auch der historischen Untersuchung bedürfen. Aber muss uns nicht auch das Spannungsverhältnis beschäftigen zwischen der zurückgehenden Bedeutung des Territorialstaats einerseits und einem beispiellosen Prozess globaler Verstaatlichung seit 1945, als in den Prozessen der Dekolonialisierung das Modell des europäischen Staates zum weltweiten Exportartikel wurde? Muss uns nicht das Spannungsverhältnis beschäftigen zwischen Prozessen der Denationalisierung, Transnationalisierung und Supranationalisierung, wie sie besonders prominent die westeuropäische Entwicklung kennzeichnen, und einer hochdynamischen Renationalisierung beziehungsweise einer nationalen und nationalstaatlichen Differenzierung in Ost- und Südosteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, die auf dem Balkan in Krieg und Völkermord eskalierte?<sup>50</sup>

Zumindest Differenzierung tut also Not, und man sollte vorsichtig sein, die Entwicklung in und zwischen den OECD-Staaten zum Maß aller Dinge und zur Blaupause historischer Forschungsansätze zu machen. Statt *den Staat, den Territorialstaat, den Nationalstaat* zu beschwören und historisch nach ihm zu fahnden, wäre es nicht auch eine Herausforderung, eine historische Typologie von Staatlichkeit – diachron und synchron – zu entwickeln und empirisch zu unterfüttern, und das auch und besonders mit Blick auf die Rolle des Staates in den internationalen Beziehungen und in Staatensystemen, mit Blick auf die unterschiedlichen Rollen unterschiedlicher Staaten in diesen Zusammenhängen? Wer heute einen Blick auf die Staatenkarte der Welt wirft, wird mindestens drei Typen von territorialen Staaten erkennen können: Da gibt es, erstens, diejenigen, die sich aus unterschiedlichen Gründen, darunter auch als Antwort auf die Globalisierung, in regionalen Integrationsprojekten organisieren, Souveränität mit anderen Staaten teilen und neue Formen von Staatlichkeit herausbilden. Wobei natürlich mit Blick auf die europäische Integration zu bemerken wäre, dass der Integrationsprozess in starkem Maße

---

internationalen Systems gleichsam als einen Aggregatzustand des internationalen Systems zu begreifen und zu analysieren und so die Dynamik der Systemveränderung besser zu erfassen. Vgl. auch Niklas LUHMANN, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1998, Bd. 1, S. 145–171.

50 S. dazu Dieter LANGEWIESCHE, *Historische Wege nach Europa*, in: DERS., *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000, S. 217–230.

die Perspektive traditionaler (Territorial-)Staatlichkeit hat – vom Euro bis zu den gegenwärtigen Verfassungsbestrebungen. Denationalisierung oder Supranationalisierung ist nicht gleichbedeutend mit Entstaatlichung, allenfalls mit Entnationalstaatlichung. Andere Staaten befinden sich, zweitens, eher in der Phase des *nation-building* und orientieren sich am Leitbild des „starken Nationalstaats“ – das europäische Modell zwischen etwa 1850/1870 und 1945 –, der seine Unabhängigkeit in einer globalisierten Welt zu errichten beziehungsweise zu behaupten sucht (Indien oder Russland wären hier wohl Beispiele). Und schließlich begegnen wir, drittens, Staaten im Staatszerfall (auf dem Balkan, aber auch in Afrika oder in Kolumbien).<sup>51</sup> Und warum soll eine solche Differenziertheit nur Gegenwartsphänomen sein?

### III.

Wer vom Staat redet, kann von der Politik nicht schweigen. Das ist ein Sachverhalt, aber auch ein Problem. Politikgeschichte war über sehr lange Zeit staatszentrierte Geschichte, konzentriert auf inneres wie äußeres Staats- und Regierungshandeln. Im Negativbild der immer wieder inkriminierten „Politikgeschichte“, das stets einherging mit dem Vorwurf, sich auf Entscheidungen und Handlungen, nicht auf Strukturen und Prozesse zu konzentrieren, ja schlimmer noch, auf das Handeln und Entscheiden Großer Männer und Großer – personifizierter – Mächte, spielt die Staatsorientierung der Politikgeschichte eine wichtige Rolle. Bis in die jüngste Zeit wurde dabei kein Geringerer als Heinrich von Treitschke als Kronzeuge angeführt, der vor über 100 Jahren der Politikgeschichte eine dreifache Aufgabe zugewiesen hatte:

„Sie soll zunächst aus der Betrachtung der wirklichen Staatenwelt die Grundbegriffe der Staaten zu erkennen versuchen; sie soll dann historisch betrachten, was die Völker im politischen Leben gewollt, geschaffen und erreicht haben; hierdurch wird ihr drittens auch gelingen, einige historische Gesetze zu finden und moralische Imperative aufzustellen.“<sup>52</sup>

Zwar war Treitschke, das muss man ihm zugestehen, auch offen – offener sogar als viele seiner Fachkollegen damals – für ökonomische, sozi-

51 Dirk MESSNER, Globalisierung und Global Governance – Entwicklungstrends am Ende des 20. Jahrhunderts, in: SIEGELBERG/SCHLICHTER (Hrsg.), Strukturwandel internationaler Beziehungen, S. 350–377, besonders S. 352 f.

52 Heinrich v. TREITSCHKE, Politik, Bd. 1, Leipzig 1900, S. 2.

ale oder kulturelle Entwicklungen.<sup>53</sup> Aber der Staat, der preußisch-deutsche zumal, blieb Referenzpunkt seiner wissenschaftlichen Anstrengungen. Mit Blick auf den preußisch-deutschen Obrigkeits- und Machtstaat mag diese Identifizierung von Staat und Politik noch halbwegs gerechtfertigt sein, dennoch ist ganz allgemein eine Bestimmung des Politischen und von Politik ausschließlich vom Konzept des Staates her zu eng. Weite Bereiche der Vormoderne geraten so ganz aus der Perspektive; das Gleiche gilt für die gegenwartsnahe Relativierung der Bedeutung des Staates, die ja nicht zu einem Weniger an Politik führt; und selbst mit Blick auf die Moderne fällt es schwer, dem Staat und nur dem Staat ein Monopol des Politischen zuzusprechen.

Solche Überlegungen stehen und fallen freilich mit den Begriffsdefinitionen. Wer mit Karl Rohe argumentiert, Politik sei die „historisch variable Antwort ... auf die fundamentale Ordnungsproblematik sozialer Verbände“, der hat auf der allgemeinen Ebene die Beziehung zwischen Staat, zwischen modernem Staat und Politik ganz gelöst.<sup>54</sup> Vielleicht muss man so weit nicht gehen. Aber selbst wenn man David Eastons klassische Definition von Politik verwendet, reduziert man Politik nicht auf Staats- und Regierungshandeln, so wichtig dieses auch sein mag. Easton grenzt das politische System von seinem Umfeld dadurch ab, dass er ihm die Kompetenz zuschreibt, Werte autoritativ für eine Gesellschaft zu verteilen. Der Inhalt der Politik bestehe aus Wertzuweisungen in den funktionalen Sachbereichen Sicherheit, Wohlfahrt (im Sinne wirtschaftlichen Wohlstands) und Herrschaft. Die Sicherheit der physischen Existenz des Einzelnen und der Gesellschaft; die materiellen und kulturellen Mittel zur Entfaltung dieser Existenz würden innerhalb der Gesellschaft und durch sie erzeugt und im Rahmen der herrschaftlichen Ordnung, die vom Einzelnen unterschiedlich mitgestaltet wird, verteilt.<sup>55</sup> Für die internationale Politik hat Ernst-Otto Czempel Eastons Definition präzisiert. Er definiert „internationale Politik“ „als die Menge der auf Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft bezogenen wertallokativen Handlungszusammenhänge, die zwischen politischen Systemen, zwischen gesellschaft-

53 Vgl. dazu auch Hans-Ulrich WEHLER, Die Hybris einer Geschichtsphilosophie, in: DERS., Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 89–97, besonders S. 92.

54 Karl ROHE/Andreas DÖRNER, Politikbegriffe, in: Lexikon der Politik, Bd. 1 (Politische Theorien), hrsg. von Dieter NOHLEN/Rainer-Olaf SCHULTZE, München 1995, S. 453–458, hier S. 457.

55 David EASTON, A Framework for Political Analysis, Englewood Cliffs 1965, S. 50.

lichen Umfeldern sowie zwischen ihnen und politischen Systemen ablaufen“.<sup>56</sup> In solchen Definitionen finden der Staat und Regierungen ohne weiteres Platz, ja sie können hier sogar den wichtigsten Rang einnehmen. Insofern bietet Eastons Definition mit Czempiels Erweiterung auch einen guten Ausgangspunkt für historische Untersuchungen, weil sie nicht statisch oder nur gegenwartsbezogen-aktualistisch ist.

Solche Definitionsfragen sind wichtig. Mindestens so wichtig ist für den Historiker aber die Frage nach politischen Akteuren, nach dem wachsenden oder sinkenden Anteil von staatlichen, von Regierungsakteuren an der Politik, aber auch nach den Prozessen der ab- oder zunehmenden Einflussnahme nicht-staatlicher, (zivil-)gesellschaftlicher oder privater Akteure auf die Politik, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Das schließt ganz ausdrücklich die Frage ein nach Rolle und Gewicht einzelner, individueller Akteure in Staat und internationaler Politik. Mit einer einfachen Absage an den Ansatz der „Großen Männer“ kann es dabei nicht getan sein. Selbst die traditionelle Politikgeschichte baut ja, wenn auch nicht immer klar ausgesprochen, auf einem handlungstheoretischen Fundament auf, in dessen Zentrum die Auffassung steht, Politik vollziehe sich als individuell zurechenbares Entscheidungshandeln und müsse dementsprechend als Gefüge von Zielen, Motiven und Handlungsstrategien rekonstruiert werden.<sup>57</sup> Man mag diese handlungstheoretische Prämisse bestreiten, sie ist indes nicht ohne weiteres abzulösen durch Ansätze, die politisches Handeln lediglich als Teil, wenn nicht als Ausdruck oder Konsequenz von objektiven Strukturzusammenhängen begreifen oder die Politik, kulturalistisch inspiriert, nur als diskursive und symbolische aufgeladenen Kommunikation verstehen. Die Lösung des Problems liegt in der Verknüpfung und Korrelation solcher Ansätze. Das erfordert zumindest eine Erweiterung der Quellenbasis von Untersuchungen zur Geschichte der internationalen Politik deutlich über gouvernemental-staatliche Quellen und die Ego-Dokumente handelnder Politiker hinaus.

Doch auch wenn die Geschichte der internationalen Politik nicht länger ausschließlich aus der Perspektive der handelnden Politik zu schreiben ist, bleiben das Individuum und der individuelle Akteur wichtige Faktoren der historischen Analyse internationaler Politik: als individuelle Träger bzw. Repräsentanten öffentlich-staatlicher Funktionen und Insti-

---

56 Ernst-Otto CZEMPIEL, *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell*, Paderborn 1981, S. 16.

57 SCHLÖGL, *Politik und Verfassungsgeschichte*, S. 109–111.

tutionen, als Träger bzw. Vermittler von Ideen, Interessen oder Werten oder als Repräsentanten bzw. Gestalter politischer Symbolik. Individuelle Akteure sind auch im internationalen Kontext in ihrem Handeln Artikulatoren der viel zitierten „Tendenzen der Zeit“; zugleich aber tragen sie durch ihr Handeln dazu bei, existierende politische, gesellschaftliche, ökonomische oder kulturelle Bedingungen zu stabilisieren oder zu verändern. Auch in der Geschichte der internationalen Beziehungen bietet sich an dieser Stelle die Aufnahme der Kategorie der Erfahrung als sinnvoll und weiterführend an. Können wir nicht gerade in der internationalen Politik politisches Handeln mit Erfahrung begründen? Das reicht, um nur drei Beispiele zu nennen, von der Erfahrung eines Vierteljahrhunderts von Revolution und Krieg in Europa als Hintergrund für die europäische Ordnung des Wiener Kongresses über die Erfahrung nationalstaatlicher Konfrontation und des Krieges als Voraussetzung europäischer Integrationspolitik nach 1945 bis hin zur Erfahrung des Multilateralismus durch die außen- und sicherheitspolitischen Eliten der Bundesrepublik nach 1945.<sup>58</sup> Nicht zuletzt diese Bedeutung rechtfertigt auch in der Geschichte der internationalen Politik nach wie vor personenzentrierte oder biographische (individual- oder gruppenbiographische) Untersuchungen, die indes die Ansätze der jüngeren biographischen Geschichtsschreibung aufnehmen und sich abwenden müssen von der deutschen Tradition der Biographie „Großer Männer“ oder der englischen „*Life and letters*“-Tradition. Ein solchermaßen reflektierter personenbezogener oder biographischer Zugriff ist durchaus in der Lage, in der Geschichte der internationalen Politik die allgemeine Frage nach dem Verhältnis zwischen Struktur und Prozess einerseits und zwischen Entscheidung und Handlung andererseits aufzunehmen und zum Gegenstand des Nachdenkens zu machen.

Aber auch jenseits der Problematik individuellen Handelns stellt die Akteursfrage eine wichtige Herausforderung historischer Analyse dar. Unser Bewusstsein für die Bedeutung nicht-staatlicher Akteure hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Nicht-staatliche, gesellschaftliche oder private Akteure sind insofern politische Akteure, als sie versuchen Einfluss zu nehmen auf kollektiv bindende wertallokative Entscheidungen. Diese Versuche der Einflussnahme, in jüngerer Zeit beispielsweise

---

<sup>58</sup> Zum Erfahrungsbegriff und seiner Nutzbarmachung für historische Untersuchung s. u. a. Nikolaus BUSCHMANN/Horst CARL (Hrsg.), *Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg*, Paderborn 2001.

von NGOs auf die Regelung von Umwelt- oder Klimaproblemen, sind durchaus konflikthaft, nicht zuletzt weil sie oftmals gegen den Widerstand der lange Zeit dominierenden Regelungsinstanz, des Staates, erfolgen. Diese Konflikte und Konfliktkonstellationen konstituieren ebenfalls ein historisches Thema. Politik bringt kollektiv verbindliche Entscheidungen in einem kommunikativen und das heißt zum Teil eben auch in einem konflikthaften Prozess hervor und muss in modernen Gesellschaften diese Entscheidungen medial, massenmedial vermitteln. Und das gilt eben nicht bloß innergesellschaftlich. Auch internationale Politik ist in diesem Sinne ein kommunikativer Prozess, der ganz unterschiedliche Determinanten hat. Er besitzt soziale Rückbindungen und wird auch beeinflusst durch Faktoren wie Konfession oder Religion oder durch die kulturell determinierte Wahrnehmung des beziehungsweise der Anderen.

Mit der Dynamisierung des Politikbegriffs geraten letztendlich erneut Auf- und Abstieg des modernen Territorialstaats in den Blick und damit säkulare historische Prozesse, die gerade mit Blick auf die internationalen Beziehungen nochmals durchzumustern durchaus gewinnbringend sein könnte. Das Überleben des Staates – als historische Größe wie als Analysekategorie – scheint jedenfalls nicht in Frage zu stehen. Im Gegenteil: Die historische Existenz des Staates, des modernen Staates seit etwa 400 Jahren, war begleitet von einer permanenten Veränderung seiner Form und Funktion. Dennoch blieb er über die Jahrhunderte hinweg eine entscheidende, wenn nicht die entscheidende Ordnungsform des Politischen. Mit dieser historischen Evidenz vor Augen sind Nachrufe auf den Staat doch verfrüht.

Das Konzept der „transnationalen Beziehungen“ hat die Entnationalisierung des Politischen schon Ende der sechziger Jahre zu erfassen versucht.<sup>59</sup> Es hat mittlerweile vielfach Eingang gefunden auch in geschichtswissenschaftliche Arbeiten. Transnationale Beziehungen oder auch transnationale Politik sind aber keine *Gegen*konzepte zu Ansätzen, die nach wie vor nach der Rolle des Staates in der internationalen Politik fragen. Beide Ansätze ergänzen sich wechselseitig und tragen zusammen einem erweiterten Verständnis von Politik Rechnung, das neben dem Staat und staatlichen Institutionen auch andere politische Akteure identifiziert und ihr Handeln analysiert. Gerade die Wechselbeziehungen zwischen all diesen Akteuren gilt es zu identifizieren und zu analysieren; sie konstituieren auch und gerade in internationaler Perspektive das Politi-

---

59 S. die Literaturhinweise in Anm. 44.

sche, das ganz ohne Frage zu den Kernbereichen einer „modernen Politikgeschichte“ gehört, die ihre Modernität nicht dadurch beweisen muss, dass sie den Staat und staatliches Handeln als Forschungsgegenstände und als Analysekatoren ignoriert. „Bringing the state back in“, war eine zentrale Forderung amerikanischer Historiker und historischer Soziologen, nicht von Diplomatiehistorikern, schon in den 80er Jahren.<sup>60</sup> Wenn wir als Historiker nur die Gegenwart hernähmen zur Identifizierung unserer Erkenntnisinteressen und Forschungsgegenstände, dann wären der 11. September 2001 und seine Folgen oder auch der Irak-Krieg des Jahres 2003 mehr als eindringliche Appelle, sich der internationalen Politik, aber auch staatlichem Handeln im internationalen Kontext zuzuwenden. Diese jüngsten Ereignisse mögen die Wichtigkeit einer Internationalen Geschichte unterstreichen, die von Staat und Politik spricht. Der Sache nach indes bedarf es dieser nur aktualistischen Rechtfertigung nicht.

---

<sup>60</sup> Peter EVANS u. a. (Hrsg.), *Bringing the State Back In*, Cambridge, Mass. 1985; vgl. auch: Saskia SASSEN, *We Are Not Done With the State*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11 (2000), S. 129–138.